

Der Gesellschafter.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold.

Nr. 36.

Erscheint wöchentlich 3mal und kostet halbjährlich hier 54 kr., im Bezirk mit Postaufschlag 1 fl. 8 kr.

Dienstag den 26. März.

Einrückungsgebühr für die kleine Zeile aus gewöhnlicher Schrift 2 Kreuzer.

1872.

Einladung zum Abonnement.

Zum Eintritt in das Abonnement des Gesellschafters für das mit dem 1. April beginnende 2. Quartal laden wir freundlichst ein und wollen diejenigen Abonnenten, die bloß für das erste Quartal abonniert hatten und den Fortbezug des Blattes wünschen, ihre Bestellungen in Bälde erneuern.

Die Redaktion.

Tages-Neuigkeiten.

* Nagold, 25. März. Damit das Geburtsfest des deutschen Kaisers hier nicht ganz unvermerkt bleibe, ließen einige patriotisch-gefinnte Männer den Tag durch 101 Böllerschüsse ankündigen; auch sah man mehrere Häuser besetzt. Abends hatte eine kleine Gesellschaft im Hirsch dem hohen Tage durch Reden und Toaste seine Ehre erwiesen.

Stuttgart, 21. März. Die Frage der Besoldungs-Aufbesserung der Civilstaatsdiener ist gestern Abend von der Abgeordneten-Kammer nach vierstündigem hartnäckigem Redekampf im Princip als eine bleibende entschieden worden und es erbringt für heute Abend nur noch, die Höhe der den Diener-Kategorien zuzumessenden Aufbesserungen festzustellen. Die Finanzcommission hatte in ihrem Berichte einstimmig die Nothwendigkeit der Besoldungserhöhungen als eine unabweißliche Forderung der Gerechtigkeit und der Billigkeit anerkannt. Nur darin gingen die Ansichten auseinander, ob jetzt schon definitiv über die Frage entschieden oder die Verwilligung vorerst nur bis zum Ende der jetzigen Staatsperiode geschehen und erst bei Beratung des nächsten Hauptfinanzetats die definitive Entscheidung erfolgen solle. Bei der Debatte beruhigte Finanzminister v. Kemner darüber, daß wegen der Aufbesserung eine Steuer-Erhöhung nicht werde eintreten müssen, indem die Staats-Ausgaben für die öffentliche Schuld um 1,600,000 fl. bis 1,800,000 fl. jährlich sich vermindern würden in Folge außerordentlicher Schuldentilgung mittelst der Gelder der französischen Kriegscontribution. Auch andere Mittel werden bis dahin räthig. Eine provisorische Verwilligung wäre aber nicht zulässig, zumalen die württembergische Besoldungs-Aufbesserung sich innerhalb noch bescheidenerer Grenzen gehalten habe, als die preussische, die bayerische und die badische. Die Abgg. Vollmer, Better und einige Andere, welche gegen die Aufbesserung stimmten, erklärten ihr Votum damit, weil den höheren Beamten zu viel, den niederen zu wenig aufgebessert sei.

Stuttgart, 23. März. Die aus allen Landestheilen zahlreich besetzte gestrige Versammlung von Delegirten der deutschen Partei in Würtemberg beschloß, indem sie von einer neuen Formulirung des Programms Umgang nahm, die Anträge über neue der Partei zu stellende Aufgaben der Verathung der einzelnen Vereine zu unterstellen. Der Versammlung schloß sich ein Festmahl zu Ehren des Geburtstages des deutschen Kaisers an.

München, 22. März. Der König hat anbefohlen, daß auch heuer am Osterfeste 1000 Arme der Stadt auf Kosten der Kabinetskasse bewirthet werden.

Berlin, 20. März. Sr. K. Hoh. der Kronprinz von Sachsen ist heute früh hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen.

Berlin, 21. März. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Breslauer Oberbürgermeister Hobrecht zum Oberbürgermeister von Berlin mit 55 von 103 Stimmen gewählt. (Zeff. J.)

Berlin, 21. März. Gestern Abend fand hier eine protestantische Versammlung in Sachen Lisco und Sydow statt. Stadtverordneten-Vorsteher Kochmann eröffnete die Versammlung. Dr. Tschow, welcher hierauf das Wort erhielt, betonte, es handle sich um die Versuche, eine absolut alleinseligmachende Dogmatik auch in die evangelische Kirche einzuführen; statt eines weltlichen Papstes wolle man den Protestanten einen papiernen Papst aufzwingen. Die Zeit sei gekommen, da man den Wahn aufgeben müsse, daß der Glaube an eine bestimmte Bekenntnisformel gebunden sei. Es handle sich hier nicht um einen theologischen Streit, sondern um die Grundprincipien der evangelischen Kirche. Nachdem man der Gemeinde so lange den Mund verschlossen, sei es der verletzenden Kirchenbehörde gegenüber Pflicht der evangelischen Bürger, gegen das Vorgehen dieser

Behörden zu protestiren. Eine dahin zielende Resolution wurde mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Hierauf schloß Hr. Kochmann die Versammlung, indem er bemerkte, daß durch diese Zusammenkunft eine Bewegung ihren Anfang genommen, die nicht eher zum Abschluß kommen werde, als bis wahre evangelische Freiheit im Protestantismus zur Geltung gekommen sei.

Berlin, 23. März. Das Abgeordnetenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung bei namentlicher Abstimmung die Kreisordnung mit 265 gegen 61 Stimmen an.

Wiesbaden, 20. März. Vielleicht steht uns in der Kürze auch das Schauspiel einer öffentlichen Disputation über die päpstliche Unfehlbarkeit bevor. Seit einigen Wochen hält nämlich ein Jesuit Fastpredigten über das genannte Thema, und da Gesetz und Sitte nicht gestatten, ihm in der Kirche entgegenzutreten, so fordern ihn zwei Führer der hiesigen Altkatholiken, Appellationsgerichtsrath Dr. Petri und Assessor Reusch, öffentlich auf, mit ihnen in einer öffentlichen Versammlung über den Gegenstand zu disputiren. Man ist auf das Resultat dieser Aufforderung gespannt.

(Rittere Bismarck!) Das Organ der Frommen im Lande Tirol, die „Tiroler Stimmen“, knüpft an das Erdbeben vom 6. d. M. für seine gläubigen Leser folgende Betrachtungen: „Bilder an den Wänden bewegten sich, Tische und Stühle wackelten, Fenster und Thüren sprangen auf, kurz die Naturerscheinung brachte wieder recht eindringlich in Erinnerung, daß eine höhere Kraft nur zu wollen braucht — und der ganze irdische Krempel, mit Einschluß des sogenannten „deutschen Reiches“, fällt zusammen.“

Die deutsche Festungsartillerie wird künftig Gewehre tragen, damit sie geeigneten Falles bis zum Aeußersten bei ihren Geschützen auszuhalten und nach Erfordern auch diese allein behaupten kann.

Während in Leipzig der Prozeß gegen die Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht noch fort dauert, der auch in die Frage über die Stellung dieser Männer zur Londoner Internationalen neue Licht bringt, ist die französische Nationalversammlung über die fernere Behandlung dieses Instituts schlüssig geworden. Wer nämlich in Frankreich ferner noch zu der Internationale sich bekennt, wird mit Gefängniß bis zu 2 Jahren und mit einer Geldbuße bis zu 1000 Fr. bestraft.

Man war lange im Zweifel, ob denn ein Füsilier Kutschke in der preussischen Armee zu finden sei. Jetzt hat sich's herausgestellt, daß er im 52. Infanterieregimente stand, im Kriege durch seine Tapferkeit das eiserne Kreuz erster Classe sich erwarb und von dem König nach seiner schweren Verwundung am Mund eine goldene Uhr zum Geschenk erhielt. Er lebt in Schefeln bei Crossen an d. Oder.

Wien, 21. März. Ueber die Stellung Döllinger's zu der österreichischen Altkatholiken-Frage macht ein Münchener Correspondent der „N. fr. Pr.“ die Angabe, daß Döllinger, also der Hauptführer der altkatholischen Bewegung, dem Stremayr'schen Erlasse, welcher die von altkatholischen Priestern vollzogenen kirchlichen Acte für illegal erklärt, unbedingt beistimme. Döllinger vermischt nämlich jede Ausscheidung aus der katholischen Kirche; er will ein Glied der katholischen Kirche sein und bleiben, will sich sein Recht an dem öffentlichen Lehramt wahren. Es gibt nur eine katholische Kirche, die Staatsgewalt wird nie zwei anerkennen. Die Reformation kann nur innerhalb der Kirche geschehen. Tritt ein Nothstand ein, d. h. verweigert die Kirche den Altkatholiken den Empfang der Sacramente und die religiöse Tröstung, so ist in den arianischen Wirren eine Analogie vorhanden, demgemäß zu handeln und Missionen zu errichten. Dem entsprechend betrachtet Döllinger den Stremayr'schen Erlaß als eine kräftige Warnung an die österreichischen Altkatholiken, ihrer Mission eingedenk zu sein.

In Prag existirt eine Bande, die es darauf anlegt, alle amtlichen Zuschriften, die aus Wien oder sonst woher kommen, zu stehlen. Trotz aller Vorsicht sind mehrfach solche Postberaubungen vorgenommen worden. Privatbriefe hat man unerschrocken auf die Straße geworfen, die amtlichen aber erbrochen, gelesen und dann zerstört.

Aus Paris vom 20. ds. wird dem „Standard“ telegraphirt,

daß Marschall Bazaine überführt worden sei, vor der Kapitulation von Metz bei Prinz Friedrich Karl gespeist zu haben (?). Die Lage des Marschalls sei kritisch.

Paris, 21. März. Herr Kournier soll, wie man versichert, die Instruktion erhalten haben, der italienischen Regierung zu erklären, daß das Cabinet von Versailles, sowie die Majorität der Nationalversammlung, den festen Willen hätten, mit der befreundeten und benachbarten Macht die überkommenen Beziehungen der Freundschaft fortzusetzen und darauf rechnen, daß sich dieselben im Falle eines Kriegsausbruchs in eine neuerliche Waffenbrüderschaft verwandeln würden. — Das Kriegsgericht hat in der Affaire der unter der Commune erfolgten Ermordung der Gendarmen in der Rue Hago sieben der Angeklagten zum Tode, drei zur Deportation in einen befestigten Platz, sieben zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und andere zu geringeren Strafen verurtheilt. (s. unten)

Paris, 22. März. Die Kommission für den Postvertrag hat Auseinandersetzungen des Direktors der Posten, Rampont, entgegengenommen; derselbe wies nach, daß es für Frankreich unmöglich sei, das bisherige in Betreff des internationalen Postverkehrs beobachtete System, nach welchem die für das Innere Frankreichs bestehenden Postsätze unverkürzt letzterem zufielen, aufrecht zu erhalten. Der Direktor führte ferner aus, daß Deutschland bei dem neuen Abkommen weniger vereinnahmen würde, als Frankreich. Der Minister des Auswärtigen, Graf Kemusat, erklärte, daß man entweder den vorgeschlagenen Vertrag annehmen oder auf einen Postvertrag mit Deutschland ganz Verzicht leisten müsse. Die große Mehrheit der Kommission ist der Konvention günstig geworden.

Das Fr. Journ. berichtet: Unser römischer Correspondent schreibt uns heute, dem Grafen Arnim sei jede Audienz vom Papst verweigert worden. Er ist bekanntlich in Rom, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Das hat er denn in Folge der Weigerung des Papstes in die Hände des Cardinals Antonelli abgegeben, wo dergleichen auch gut aufgehoben ist. Die deutsche Diplomatie hat in Rom gegenwärtig viel zu thun. Sehr interessant, wenn auch vielleicht allzu sanguinisch, ist folgendes: Wie der „Gazetta d'Italia“ unterm 8. d. aus Berlin geschrieben wird, wäre der Abschluß eines deutsch-italienischen Defensiv-Allianzvertrages eine beschlossene Sache. Der betreffende Correspondent, von dem das Blatt ausdrücklich bemerkt, daß es alle Ursache habe, seine hochwichtige Nachricht für richtig zu halten, da Schreiber vermöge seiner Stellung vollkommen informiert sein könne, theilt hierüber mit: „Ich kann Sie versichern, daß jetzt der Abschluß eines Defensiv-Allianzvertrages zwischen Deutschland und Italien in unzweifelhafter Weise beschlossen ist. Im Laufe der letzten Tage fanden mehrere Conferenzen zwischen dem italienischen Gesandten und dem Fürsten Bismarck statt und wurde das Vertrags-Concept vollendet, welches der gestern Abend von hier abgereiste Graf Arnim in Person nach Rom überbringt, um es der Approbation Ihrer Regierung zu unterbreiten. Der Vertrag betrifft nur den Defensiv-Fall und setzt fest, wann jede der beiden Mächte verpflichtet ist, die Waffen zur Unterstützung der andern zu ergreifen. Er garantiert den gegenseitigen Besitz der von den beiden Nationen innegehabten Territorien, was mit andern Worten die Zusicherung Roms für Italien und Elsaß Lothringens für Deutschland bedeutet. Er setzt endlich noch fest, daß im Falle der Nothwendigkeit eines Krieges sich beide Mächte über einen militärischen Aktionsplan einigen. Diese Mittheilung dürfte vielleicht von interessirter Seite dementirt werden, aber Sie werden nicht irre gehen, dieselbe in Schutz zu nehmen, und wie immer es sei, Sie werden in der Folge vollkommen Recht behalten.“ Zum Schluß meint das Blatt noch, es hoffe auf alle Fälle, um genau zu wissen, wie man daran sei, man werde den Aeußern-Minister, Herrn Visconti Venosta, im Parlamente hierüber interpelliren, um zu erfahren, wie weit die Unterhandlungen gediehen seien, denn wir leben nicht mehr in Zeiten ungewisser Politik, sondern in solchen, wo es gelte, um jeden Preis Farbe zu bekennen.

Das „Eideler“ sagt über die Universität Straßburg: „Das Verzeichniß der Vorlesungen der neuen Universität liegt uns vor und mit gepreßtem Herzen haben wir es zu Ende gelesen. Schämten wir uns nicht, es einzugeschauen, daß dieses Programm ausgezeichnet ist: Eigenschaft der Professoren, Zahl und

Vielfachheit der Vorlesungen, Alles ist da. Mit solchen Elementen, Professoren im kräftigsten Alter und gut bezahlt, einer Bibliothek, die jetzt schon beinahe 200,000 Bände zählt, kann man sicher das Aufströmen der deutschen Jugend nach Straßburg erwarten. Die Folgen sind voraussehen. Und wie, was thaten wir, was thun wir? Den alten Irthümern treu, lassen wir Alles langsam nach dem Alten bestehen. Unsere armen Provinzial-Akademien verschmachten in der Dürre; Professoren ohne Studenten leben von einem Gehalte, welches den Rayonchef eines Schnitt- und Modewaaren-Geschäftes zu einem Ahselzucken veranlassen würde. Wir haben in Frankreich keine einzige wissenschaftliche Anstalt, die einen Augenblick nur mit der neuen preussischen Universität von Straßburg verglichen werden könnte. Den Tod im Herzen, gestehen wir es ein, besonders der allgemeinen Trägheit gegenüber, welche die isolirten Handlungen des guten Willens noch zu paralysiren scheint. Und doch ist eine der vielfachen Ursachen unserer Niederlagen die wissenschaftliche Ueberlegenheit Deutschlands. Haben wir den nicht zu befürchten, daß so treue und unerschrockene Ghaß werde damit endigen, zwischen uns und unseren Siegern einen Vergleich nun anzustellen, der nicht zu unserem Vortheil gereichen wird? Wenn wir nichts seit den schrecklichen Ereignissen des letzten Jahres vergessen haben, haben wir denn nichts gelernt?“ (Krlf. 3.)

Schauerhafte Scenen sind es, die in dem Kriegsgericht von Versailles aus den Tagen der Pariser Commune jetzt enthüllt werden. Gleichsam zur Unterhaltung, um eine müßige Stunde auszufüllen, scheinen die entmenschten Mörder ihre Greuelthaten begangen zu haben. Es handelt sich um das Blutbad in der Straße Hago. 35 ehemalige Gendarmen, 10 Municipalgardisten, 10 geistliche und 2 bürgerliche Gefangene waren diesmal die bedauernswerthen Opfer. Der Zug ging durch mehrere Straßen, und die Bevölkerung verhielt sich erst ruhig, die Geistlichen beteten und sprachen ihren Leidensgenossen Trost zu. Bald aber nahm das Volk eine drohende Haltung an. In dem Rathhause ließ man der Gefangenen eine Viertelstunde Zeit, um ihr Testament zu machen, dann bewegte sich der Zug weiter, das Volk wurde immer wüthender, fortwährend noch durch schamlose Redner aufgehetzt. Endlich war man an Ort und Stelle. Plötzlich fielen aus der Menge Schüsse, und damit begann das Gemetzel, welches über eine Viertelstunde dauerte. Manches Opfer war schon von dem Blute seiner Leidensgefährten bespritzt und hatte dem Todeskampfe derselben zusehen müssen, ehe es selbst von dem tödtlichen Schusse ereilt wurde, 47 Männer wurden auf diese Weise ermordet. Am Ende stürzten sich, wie Augenzeugen bekunden, noch drei Offiziere, zwei Jöderirte und ein Weib auf die Leichen, stampften auf sie mit den Füßen und machten ihnen, als sie noch eine Spur von Leben entdeckten, mit Revolvergeschüssen und Säbelhieben den Garaus. Am folgenden Tage erschienen Männer mit Fleischermessern, schnitten den Opfern die Kleider auf und plünderten sie vollkommen aus; dann warfen sie sämtliche Leichen in einen an den Platz austretenden unterirdischen Raum. Aus diesem wurden sie am 29. hervorgezogen; eine einzige Leiche zeigte die Spuren von nicht weniger als 67 Schüssen.

Einer Nonne in Nancy hat, wie Pariser Blätter erzählen, kürzlich die heilige Jungfrau offenbart, daß wenn Frankreich seine Sünden bereuen würde, vor Ende nächsten Monats große Dinge vollbracht werden würden. Der Feind würde das Territorium räumen und Frankreich würde die Vortheile einer monarchischen Regierungsform erhalten. Daraufhin haben die übrigen Nonnen beschlossen, den anberaumten Tag in frommer Zurückgezogenheit und Gebet zu erwarten. Der 24. April ist der bestimmte Tag.

In Rom, wo jetzt das schönste Frühlingswetter ist und alles sich des Lebens freut, muß der Papst hübsch sein Zimmer hüten und kann den Vatikan nicht verlassen. Es kam ihm auch die Lust an, sich einmal wieder unter die Menschen zu begeben. Er gab daher den Befehl, einspannen zu lassen, um eine Spaziersahrt zu machen. Das war aber nicht möglich, weil seine Hausjesuiten bereits Pferde und Wagen verkauft hatten, ohne ihm etwas davon zu sagen.

Palermo, 19. März. Prinz Friedrich Karl von Preußen wurde bei seinem Erscheinen im hiesigen Theater vom Publikum auf das Wärmste begrüßt. Der Prinz wird sich morgen nach Tunis begeben.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold. Die Orts-Vorsteher haben die auf den 15. d. M. versfallenen Berichte über die angefallenen Veränderungen in der Bodeneintheilung, über die Zahl der beigebrachten Mesfurlunden etc., und die wegen Beibringung der fehlenden getroffenen Verfügung binnen 4 Tagen einzusenden.

Den 22. März 1872.

Bölg.

Nagold. Mit Bezugnahme auf den Erlaß des k. Medicinal-Collegiums vom 2. März, (Ministerial-Amtsblatt Nr. 9, S. 74) werden die Orts-Vorsteher, in deren Gemeinden die Maul- und Klauenseuche zum Ausbruch gekommen ist, aufgefordert, zum 31. März zu berichten, wie viele Thiere — nach Gattungen gesondert — von der Seuche ergriffen wurden und wie viele in Folge derselben gefallen sind; ferner, welche Vorkehrungen getroffen wurden und ob diese sich als zureichend bewährt haben? Auch fernerhin sind diese Berichte je am Schluß des Monats zu erstatten.

Den 24. März 1872.

K. Oberamt und Oberamts-Physikat.
Bölg. Dr. Emmert.

Fah
Zu der
Friedrich
Behausung

eine Fah
den, wo
Klei
Sch
allen
Gen
Liebh
Den

Glä
In de
L. Mts
Clauß,
die-Gläu
gen bis

bei der
widrigen
hätten,
lassensh
bleiben
Den

Den

Den

169
30
hol
ferne
50 S
bis
22 S
lan
2 Gie
me
2 Bir
me
9 S
Ma
375
Ma
500
90 S
10 S
Zusan
neuen
Den

Lang

Den

1,800
700
1,700
Se
Am



